



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 091-2026
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2026.GRPARL.284

Eingereicht am: 04.05.2026

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Lüthi (Moosseedorf, GLP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Fördermöglichkeiten für das Weiterarbeiten nach der Pensionierung

Die demografische Entwicklung und der zunehmende Fachkräftemangel stellen den Kanton Bern vor grosse Herausforderungen. Gleichzeitig besteht bei vielen Menschen nach Erreichen des Pensionsalters der Wunsch, weiterhin erwerbstätig zu bleiben – sei es in reduziertem Pensum, in einer Übergangslösung oder in einer beratenden Funktion. Gemäss aktualisierten Prognosen ist der Kanton Bern von der Überalterung speziell betroffen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Spielräume bestehen aus Sicht des Regierungsrates, um im Kanton Bern steuerliche Anreize (Abzüge, Freigrenzen, Tarife, Zweitverdienerabzug für Rentnerinnen und Rentner usw.) für eine spätere Pensionierung oder eine Teilzeiterwerbstätigkeit im Rentenalter zu schaffen, ohne gegen bundesrechtliche Vorgaben, insbesondere das Steuerharmonisierungsgesetz, zu verstossen?
2. Welche administrativen Instrumente könnte der Kanton Bern im Rahmen des geltenden Rechts einsetzen, um längeres Arbeiten nach dem Referenzalter für Arbeitnehmer attraktiver zu machen?
3. Welche steuerlichen oder administrativen Instrumente könnte der Kanton Bern im Rahmen des geltenden Rechts einsetzen, um längeres Arbeiten nach dem Referenzalter auch für Arbeitgeber attraktiver zu machen?
4. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, ältere Arbeitnehmende und Arbeitgeber durch Beratung, Weiterbildung oder gezielte Unterstützungsangebote besser beim Übergang in die Zeit nach dem Referenzalter zu begleiten?

Verteiler

- Grosser Rat